

ist also problematisch; Wolling selbst scheint das gelegentlich zu vergessen.

Christina Holtz-Bacha

Bart Pattyn (Ed.)

Media ethics

Opening social dialogue

Leuven: Peeters, 2000. – 422 S.

ISBN 90-42909-02-1

Der Band resultiert aus dem „Core Materials Project“ zur Entwicklung von Basismaterial für die berufsethische Ausbildung, das vom „European Ethics Network“ betrieben und von der Europäischen Kommission finanziell unterstützt wird. Johan Verstraeten formuliert im Vorwort die Prämissen des Projekts zur Berufsethik im Allgemeinen: Sie setze das Verständnis der Aufgabe und des sozialen Kontextes des jeweiligen Berufes voraus; es gebe keine neutrale Berufsethik, sie sei stets von spezifischen Kulturtraditionen beeinflusst; berufsethische Bildung bedeute vor allem ein Training in gesellschaftlicher Verantwortung, ein Bewusstmachen der sozialen Folgen des beruflichen Handelns; und berufsethische Bildung müsse mit der Entwicklung zur mündigen Person einhergehen. Zusammengefasst sei berufsethische Bildung ein globales pädagogisches Vorhaben, in dem es nicht nur um die Vermittlung von ethischen Kenntnissen durch Spezialisten, sondern auch um deren praxisnahes Erproben in einem sozialen Zusammenhang gehe, in dem Berufsethos vorgelebt wird. Entsprechend wenden sich die aus dem Projekt hervorgehenden Materialien zugleich an Ethiker und an Praktiker auf verschiedenen Gebieten, in diesem Fall an die Professionellen der Medien und auch an deren Nutzer.

Über die allgemeinen Prämissen hinaus erläutert Herausgeber Bart Pattyn in der Einleitung medienpezifische Aspekte, die den Texten des Bandes gemeinsam sind. Dass die normative Basis der Medienethik mit der Idee des demokratischen Dialogs, des offenen gesellschaftlichen Gesprächs innerhalb von Kulturen oder zwischen ihnen korrespondiert, lassen tatsächlich alle Beiträge erkennen. Besonders wichtig erscheint Pattyns Hinweis, dass für die Beurteilung von Medien weniger wichtig ist, was sie ans Licht bringen, als was sie verbergen.

Daraus kann man eine professionelle Grundpflicht zum Publizieren ableiten.

Entsprechend dem in Vorwort und Einleitung formulierten Programm ist der Band in vier Abschnitte gegliedert: Mit Geschichte und philosophischen Grundlagen der Medienethik befassen sich Clifford G. Christians, Robert A. White, Kaarle Nordenstreng, Michele Nicoletti und Cees J. Hamelink. Den kulturellen und ökonomischen Kontext fassen Luc Van Poecke, Walter Lesch, Bart Pattyn und Hilde Van den Bulck ins Auge. Es folgt der Abschnitt, der dem Praxisanspruch am meisten gerecht wird, nämlich die Ethik der professionell in den Medien Tätigen. In diesem zentralen Teil schreibt Barbara Thomaß über das journalistische Berufsethos; Huub Evers problematisiert medienethische Kodizes und diskutiert deren Vor- und Nachteile; Robert A. White stellt Thesen darüber auf, woran ein ethisch einwandfrei handelnder öffentlicher Kommunikator zu erkennen ist, und erinnert in diesem Zusammenhang an die Qualität der demokratischen Kommunikation; Cees J. Hamelink bringt die Medienethik mit dem Problem der moralischen Wahlfreiheit in Zusammenhang; Grundzüge einer Ethik des Umgangs mit Computern skizziert Porfirio Barroso; mit den Mischformen der Marketing-Kommunikation und dem Verschwinden der Grenze zwischen Information und Geschäft befassen sich Aagje Geerardyn und Guido Fauconnier; Marcel Becker problematisiert den Vormarsch des Privaten in der Öffentlichkeit und fragt, was er mit der journalistischen Freiheit zu tun hat; und Barbara Thomaß schließlich vergleicht in ihrem zweiten Beitrag, mit welchen Inhalten und nach welchen Methoden journalistische Berufsethik in den drei Ländern Deutschland, Frankreich und Großbritannien gelehrt wird, wobei sie auf eine mehr oder weniger repräsentative Umfrage an Journalistenschulen zurückgreift. Im vierten großen Abschnitt befassen sich Cees J. Hamelink und Rüdiger Funiok mit einem relativ selten behandelten Thema, nämlich der Ethik der Mediennutzung.

Stärken und Schwächen des Bandes sind angesichts der internationalen Autorenschaft erwartbar, wobei ich nicht auf Einzelheiten eingehen kann. Ein großer Gewinn für den Leser liegt darin, dass er über den engen Horizont der medienethischen Debatte im eigenen Land hinauszuschauen lernt. Kaarle Nordenstrengs Beitrag beispielsweise listet Basisinformationen

über Presseräte und berufsethische Kodizes in 35 europäischen Ländern auf, was einen Überblick vermittelt, der die üblichen Vergleichsstudien zwischen einigen Ländern aufwertet.

Zu den Schwächen gehört, dass die Aufsätze durchweg abstrakt bleiben und wenig Bezug zur Medienpraxis haben. Angesichts der Unterschiedlichkeit der Medienkulturen, auf die sie Bezug nehmen könnten, ist das kaum anders zu erwarten. Dass das Projekt nur „Core Materials“, Kernmaterialien, für die Entwicklung von berufsethischen Kursen bereitstellen will, wird durch seinen interkulturellen Charakter erzwungen.

Wer nach einer praktischen, für Journalisten, Öffentlichkeitsarbeiter oder Werbeleute akzeptablen Berufsethik sucht, wird außerdem mehr Verständnis dafür vermissen, dass das Bemühen, mit dem Medium bei einem möglichst zahlreichen Publikum anzukommen, nicht nur vom kommerziellen Kalkül, sondern auch vom publizistischen Ethos nahegelegt wird. Neugier und Sensationsbedürfnis der Rezipienten können ja wertvolle Hilfen bei der Aufgabe sein, Öffentlichkeit herzustellen, wenn die Medien sie als Vehikel für die Informationsverbreitung zu nutzen verstehen. Und er wird vielleicht, hier wie in vielen anderen medienethischen Texten, auch mehr Verständnis dafür vermissen, dass die Entscheidung darüber, was im öffentlichen Interesse liegt, schwerlich vom einzelnen Journalisten, sondern nur von der Öffentlichkeit selbst getroffen werden kann. Auch diesem Band hätte es gut getan, wenn neben Theologen, Philosophen und Sozialwissenschaftlern mehr Autoren aus der Medienpraxis beteiligt worden wären.

Ob überhaupt welche dabei sind, lässt sich schwer sagen, weil die Autoren entgegen einem mittlerweile Standard gewordenen Usus nicht vorgestellt werden. Das wäre angesichts der kulturellen Vielfalt der Autorenschaft gerade hier wichtig. Leider fehlt auch ein Register, und in den Literaturverzeichnissen der Aufsätze finden sich Lücken und Fehler. Lassen die europäischen Mittel nicht mehr editorische Sorgfalt zu?

Horst Pöttker

Matthias Knothe

Die neuen Institutionen des Rundfunkstaatsvertrages zwischen Rechtsaufsicht und Staatsfreiheit

Bargstedt: Brand, 2000. – 307 S.

Zugl.: Hamburg, Univ., Diss., 2000

ISBN 3-925106-14-6

Mit dem am 01.01.1997 in Kraft getretenen 3. Rundfunkänderungsstaatsvertrag wurde die bundesweite Rundfunkordnung einer grundlegenden Reform unterzogen. Kernpunkte bildeten zum einen die Neuregelung des Verfahrens der Gebührensatzung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit der die Länder die Vorgaben des Gebührenerteils des BVerfG umsetzten; zum anderen die Umstellung der rundfunkspezifischen Konzentrationskontrolle vom Modell der Begrenzung von Unternehmensbeteiligungen zu dem der Marktanteilsbegrenzung. In beiden Bereichen gingen die Änderungen der materiellen Rechtsvorschriften einher mit tief greifenden institutionellen Änderungen: Die Kommission zur Überprüfung und Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) wurde „entstaatlicht“. Für die Konzentrationskontrolle wurden zwei neue Organe, die Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) und die Konferenz der Direktoren der Landesmedienanstalten (KDLM) geschaffen, die innerhalb des von der jeweils zuständigen Landesmedienanstalt verantworteten Lizenzierungsverfahrens die spezifisch Konzentrationsrechtlichen Prüf- und Entscheidungsbefugnisse wahrnehmen.

Die vorliegende, als rechtswissenschaftliche Dissertation verfasste Arbeit hat diese neuen bzw. reformierten Institutionen zum Gegenstand. Dem Autor kommt dabei zustatten, dass er als Rundfunkreferent des Landes Schleswig-Holstein selbst an diesem Gesetzgebungsprozess mitgewirkt hat und die rechtswissenschaftliche Betrachtung daher durch interessante Einblicke in die Entstehungsgeschichte und ihre politischen Hintergründe ergänzen kann.

In den Mittelpunkt seiner Untersuchung stellt Knothe die Frage, inwieweit die Ausgestaltung der neuen Institutionen den Grundsätzen der Rundfunkfreiheit, insbesondere dem Gebot der Staatsunabhängigkeit, entspricht und welche Funktion dabei der staatlichen